

Magdeburg, den 29. Oktober 2017

Schröder will E-Dienstwagen für Landesregierung ermöglichen

Finanzminister André Schröder wird dem Kabinett in den nächsten Tagen ein Modellprojekt „E-Mobilität“ für zunächst fünf Jahre vorschlagen. Dafür will der Minister die Kfz-Richtlinie ändern.

So soll die Weiterentwicklung der Elektromobilität als umweltfreundliches und nachhaltiges Mobilitätskonzept der Zukunft unterstützt werden. Gleichzeitig kann der öffentliche Dienst einen Beitrag zu mehr Energieeffizienz und weniger Schadstoffemissionen leisten.

Künftig sollen alle Ressorts die Möglichkeit bekommen, in ihren Bereichen Dienstwagen mit alternativen Antrieben anzuschaffen. Die für Dienstfahrzeuge mit herkömmlichen Antrieben geltenden finanziellen Höchstgrenzen dürfen für E-Fahrzeuge um bis zu 50 Prozent überschritten werden. Nur so wird überhaupt eine Anschaffung solcher Fahrzeuge möglich. Erste Erfahrungen mit Elektroautos als Dienstwagen gibt es im Ministerium für Soziales und Arbeit. Auch im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr steht in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg solch ein Fahrzeug zur Verfügung.

Die von Finanzminister André Schröder vorgeschlagene Testphase soll nach einer festgesetzten Erprobungszeit enden, dann sollen die Ressorts entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen vorlegen.

Finanzminister André Schröder: „Ich möchte die Dienstwagen mit herkömmlichen Antrieben nicht verteufeln und gleichzeitig neuen Antriebsideen Raum bieten. Wir als Politiker dürfen über E-Mobilität nicht nur reden, sondern sollten vorn dabei sein. Magdeburg als Ministeriums-Stadt bietet übrigens inzwischen auch eine ganze Reihe von Aufladestationen.“